

Öffentlicher Dienst – Warnstreik am Dienstag bei der VKU

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Westfalen ruft auch in dieser Woche wieder Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu ganztägigen betriebsnahen Warnstreiks auf. Betroffen ist davon am Dienstag auch die VKU.

„Die Beschäftigten zeigen deutlich, dass sie auch in der aktuellen Krise bereit sind, sich für ihre Interessen einzusetzen. Trotzdem gehen wir die Warnstreiks maßvoll an und halten vorgeschriebene Sicherheitsmaßnahmen ein. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Zeitgleich gehen wir davon aus, dass sich die Maßnahmen in der nächsten Zeit noch intensivieren werden“, erklärte Gabriele Schmidt, Landesleiterin von ver.di NRW.

Michael Kötzing, Bezirksgeschäftsführer von ver.di Westfalen ergänzt: „Wir wollten diese Tarifrunde mitten in der Pandemie nicht, wir wollten die Verhandlungen auf die Zeit nach Corona verschieben. Die öffentlichen Arbeitgeber wollen es aber genau jetzt. Sie sind der Auffassung, dieser Zeitpunkt stärkt ihre Verhandlungsposition. Wir finden dieses Verhalten verantwortungslos. Verantwortungslos gegenüber den eigenen Beschäftigten und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Denn die Konsequenzen von Warnstreiks bekommt im öffentlichen Dienst nun mal immer der Bürger zu spüren und nicht die Verantwortlichen in der Politik selbst. Das genau ist das Kalkül der Arbeitgeber. Für uns sind die Warnstreiks jetzt alternativlos, denn Tarifverhandlungen ohne das Druckmittel des Streiks sind nicht mehr als kollektives Betteln. Die Verantwortung liegt vor allem bei den kommunalen Arbeitgeberverbänden, diese Situation hätte man durch ein verhandlungsfähiges Angebot in den ersten beiden

Verhandlungsrunden abwenden können, wenn man gewollt hätte.“

ver.di fordert für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen eine Anhebung der Einkommen um 4,8 Prozent, mindestens aber 150 Euro pro Monat, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Ausbildungsvergütungen und Praktikantenentgelte sollen um 100 Euro pro Monat angehoben werden. Erwartet wird zudem die Ost-West-Angleichung der Arbeitszeit. Darüber hinaus soll in den Tarifverhandlungen das Thema der Entlastung der Beschäftigten behandelt werden. Die besonderen Themen des Gesundheitswesens und der Pflege werden an einem eigenen Tisch im Rahmen der Tarifrunde besprochen. Die dritte Runde der Verhandlungen ist für den 22./23. Oktober 2020 erneut in Potsdam angesetzt.